

Mittelsächsische

# LinksWorte

20. Oktober 2011

Nr. 50

5. Jahrgang



Der Kreisparteitag der LINKEN wählte am 24. September in Roßwein einen neuen 12köpfigen Kreisvorstand, welcher die Geschäfte des Kreisverbandes bis in den Herbst 2013 führen wird. Die „Kernmannschaft“ stand für ein Foto zur Verfügung. Auf unserem Bild (jeweils v.li.) die stellv. Kreisvorsitzende Jana Rathke (Döbeln), die Kreisgeschäftsführerin Uwe Rehnert (Freiberg), Heidemarie Eler (Rochlitz). Die Genossen Lothar Schmidt (Döbeln), Ron Hübler (Mittweida), der neue Kreisvorsitzende Falk Neubert (Mittweida), Robert Sobolewski (Geringswalde) und der stellv. Kreisvorsitzende David Rausch (Geringswalde). Auf dem Bild fehlen Jessica Brandl (Rochlitz), Andrea Däumler (Geringswalde), Marina Morgenstern (Flöha) sowie der Schatzmeister Hans Weiske (Flöha), der für dieses Bild die Kamera bediente.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

Bericht vom Kreisparteitag der  
LINKEN in Roßwein:  
Generationswechsel vollzogen

Kommunalpolitik aktuell:  
Ausführlich von der Sitzung des  
mittelsächsischen Kreistages

Erneut im Blickpunkt:  
Der Standpunkt der LINKEN zur Lan-  
desentwicklung. heute: Sicherheit

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & neues parteiprogramm
4	<b>titelthema 1: der kreisparteitag in Roßwein</b>
5	vor dem landesparteitag der linken
6/7	<b>titelthema 2: sitzung des kreistages</b>
7	ergebnisse der arbeitsgruppe kommunales
8	<b>titelthema 3: landesentwicklungsplan 2013 (teil 5) sicherheit</b>
9	nochmals zum regenbogenhaus freiberg
10/11	unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte (5) altenburg
11	kreisvorstand & glückwünsche
12	termine & extremismuskussion

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der Mitte der 46. Kalenderwoche 2011. Redaktionsschluss ist am Dienstag, dem 08. November. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**  
 Kreissparkasse Freiberg  
 BLZ: 870 520 00  
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

**Herausgeber:** **DIE LINKE.**  
 Kreisvorstand Mittelsachsen

**Postanschrift der Redaktion:**  
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43  
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

**Layout, Satz und Fotos:** A • Bi • Te  
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

**Internet:** Die „LinksWorte“ werden im Internet unter [www.links-worte-mittelsachsen.de](http://www.links-worte-mittelsachsen.de) veröffentlicht. Dort stehen über ein Archiv auch frühere Exemplare der Zeitung zur Lektüre oder zum Download zur Verfügung.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

auf der Titelseite unserer Ausgabe prangt unübersehbar die „Nr. 50“. Das heißt mit anderen Worten: Mit der heutigen Ausgabe erscheinen die „neuen“ LinksWorte seit ihrer ersten Ausgabe im September 2007 zum 50. mal. Bis zur Nr. 8 im April 2008 druckten wir - gewissermaßen als Gedankenstütze - in Klammern die Anzahl der seit Beginn der Herausgabe der „Freiberger LinksWorte“ im Jahr 1990 insgesamt erschienenen Ausgaben ab. Mit der „neuen Nummer 8“ waren das genau 250 Ausgaben. Mithin wird die Ausgabe im Juni kommenden Jahres die „ganz normale Nr. 58“ sein, in Wirklichkeit aber die 300. Ausgabe unserer LinksWorte. Wenn das kein Anlass zum Feiern ist! Aber bis dahin gilt es, wie gesagt, noch acht Zeitungen zu machen. Und unsere Ansprüche als Redaktionsteam steigen.

Jetzt aber zum Alltag. Die heutige Titelseite und das erste Titelthema sind bestimmt vom Kreisparteitag am 24. September in Roßwein. Damit wurde bereits zum dritten Mal nach der Zusammenführung der Kreisverbände der LINKEN aus Döbeln, Freiberg und Mittweida ein neuer Kreisvorstand der LINKEN gewählt. Und wenn andernorts viel von Troikas die Rede ist: auch der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN kann nunmehr auf eine Troika verweisen. Die Troika der Kreisvorsitzenden Achim Grunke, Michel Matthes und Falk Neubert. Falk Neubert aus Mittweida nämlich ist auf dem Kreisparteitag zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt worden.

Wenn diese Ausgabe der LinksWorte unsere Leserinnen und Leser erreicht hat, dürfte der Erfurter Programmparteitag der LINKEN bereits Geschichte sein. Unser Leser Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle meldet sich im Vorfeld mit einer detaillierten Analyse des Programmentwurfs zu Wort, der Landesvorsitzende der LINKEN Rico Gebhardt mit Gedanken zum bevorstehenden Landesparteitag in Bautzen. Dazu mehr in unserer Novemberausgabe. Ansonsten ist vieles wie gehabt. Ausführlich äußern wir uns aus der Sicht der LINKSfraktion zum Kreistag vom 21. September sowie zum - man höre und staune - Wandertag der Fraktion. Ihre Fortsetzung finden die Berichte aus den Arbeitsgruppen für ein Aktions- und Wahlprogramm der mittelsächsischen LINKEN, von Mdl Jana Pinka zur ab 2013 vorgesehenen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2003 und zum „Regenbogenhaus“ in Freiberg. Die mittelsächsischen Episoden machen heute im thüringischen Altenburg Station, bevor sie mit unserer Novemberausgabe endlich in ihrer unmittelbaren Heimat, dem heutigen Landkreis Mittelsachsen einrücken.

linke jugend, voran

Von Hans Weiske

Was für eine Karriere! Auf unserem Kreisparteitag in Roßwein wurde Jessica Brandl aus Rochlitz vormittags in die Partei DIE LINKE aufgenommen, sprach als erste in der Diskussion und wurde noch am gleichen Tag in den neuen Kreisvorstand gewählt. Herzerfrischend auch der Auftritt der 17jährigen Katharina Heiber aus Burgstädt, die ebenfalls in DIE LINKE aufgenommen wurde und überzeugend davon erzählte, warum sie künftig in unserer Partei mitmachen will.

Auf dem Titelbild unserer heutigen LinksWorte stehen mit Ron Hübler, Robert Sobolewski und David Rausch weitere junge Leute im Mittelpunkt. Zieht man schließlich in Betracht, dass Michael Matthes („Ich gehe mit Riesenschritten auf die 70 zu“) den Staffelnstab als Kreisvorsitzender an den 37jährigen Falk Neubert übergab, könnte man geneigt sein, unserer



Die Mitgliedskarte der LINKEN für Jessica Brandl aus dem Ortsverband Rochlitz

großen Überschrift „Generationswechsel vollzogen“ uneingeschränkt zuzustimmen. Michael Matthes bemühte dazu die Statistik: In den knapp zwei Jahren seiner Wahlperiode stehen den 99 verlorenen Mitgliedern (davon 58 Verstorbene) nur 22 Eintritte gegenüber. Ich bin fest davon überzeugt: Der Generationswechsel in der „Führungsetage“ des Kreisverbandes der LINKEN ist erst dann wirklich tragfähig, wenn er von wesentlich mehr jungen Genossinnen und Genossen getragen wird, die in der LINKEN sehr schnell ihre politische Heimat finden und dabei nicht in „Senioren-Debattierklubs“ versauern. Wobei um Gottes Willen - an dieser Stelle bemühe ich als Atheist sogar die „allerhöchste Instanz“ - nichts gegen die „Alten“ in unserer Partei gesagt sein soll. Denn, machen wir uns nichts vor, vielerorts wird sich auch in der Periode nach einem gründlich verjüngten Kreisvorstand in den meisten Ortsverbänden nur dann etwas bewegen, wenn erneut die „Alten“ in die Speichen greifen.

auf seite - drei -  
- immer konsequent links -  
**unsere monatliche  
kolumne**

**R**ettungsschirm – welch blumiger Begriff. Das ist das Etikett für einen der schlimmsten Raubzüge, der jemals stattgefunden hat. Der deutsche Michel soll wieder einmal hinter die Fichte geführt werden. Dabei ist alles so einfach. Banken handeln mit „Wertpapieren“, die bestenfalls Lottoscheine sind. Und wenn sie dabei verlieren, schreien deren Macher herum, „Rettet uns, rettet uns! Wir sind wichtig für Euren Wohlstand.“ Nichts da! Den Grundsätzen zufolge, denen sie sonst huldigen, lässt man eine Bank, die ihr „Produktionsmittel“, nämlich verleihbares Geld vercockt hat, also diese Bank geht pleite und deren „Eigentümer“ verlieren ihr Geld. Wenn die Gesellschaft aber Banken braucht, dann sollte sie aus der Konkursmasse sich eigene Banken schaffen, die das tun, wozu sie gebraucht werden. Nämlich, die Sphäre der gesellschaftlichen Produktion und Dienstleistung mit den finanziellen Voraussetzungen ausstatten.

**N**un haben aber die Banken nicht nur ihr eigenes Geld vercockt, sondern auch unseres. Denn die Versicherungen haben unsere Beiträge zu Lebensversicherungen, Rentenrücklagen und vieles mehr bei Banken „angelegt“, um an der Zockerei teilzunehmen. Das muss zurückgeholt werden. Die Methoden dafür sind bekannt. Doch unsere Demokratie und deren Vertreter, die eigentlich Volksvertreter sind, sind zu zimperlich und zu verantwortungslos.

**E**s ist schon fünf nach zwölf. Denn immer noch werden aus den Schulden der Banken unsere Schulden gemacht. Zwei Billionen – das ist eine Zahl mit einer Eins und zwölf Nullen vor dem Komma – sind es inzwischen. Um diese Schuld zu tilgen, müsste der deutsche Steuerzahler fünf Jahre Steuern zahlen wie bisher, dürfte aber nicht einen EURO ausgeben. Und da das natürlich nicht geht, wachsen die Schulden weiter an, und der deutsche Michel gibt jeden vierten EURO Steuergeld für Zinsen aus. Darüber freut sich Joseph Ackermann.

**A**llerdings – warum wählt der deutsche Michel diese Bande immer wieder? BILD´ Dir eine Meinung! Aber mal richtig und dann handle, und das mit geballter Faust und nicht nach Feierabend. In New York haben sie damit schon angefangen – Occupy the Wallstreet!



von Reinhard Kluge,  
Ortsverband  
Brand-Erbisdorf

In diesen Tagen berät der Bundessparteamitag in Erfurt das neue Parteiprogramm. Der jetzt als Leitantrag vorliegende überarbeitete Entwurf ist inhaltlich gegenüber seinem Vorgänger ein bedeutender Fortschritt, so viele berechtigte Wünsche zur Präzisierung und Ergänzung es auch noch geben mag.

**Insgesamt steht das Programm nach meiner Überzeugung in der Traditionslinie des Kommunistischen Manifestes und des Denkens und politischen Wirkens von Marx und Engels.**

Denn es begründet **erstens** überzeugend die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden, der im Gegensatz zum behaupteten „Ende der Geschichte“ als „Etappe der Menschheitsentwicklung“ charakterisiert wird (923) [Zeilenangaben nach Leitantrag]. Seine Krisen bedrohen die menschliche Zivilisation (929). Das Programm zeichnet **zweitens** ein eindeutiges Bild unserer Zukunftsvision, es beschreibt den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, und zwar nicht allein, wie in sozialdemokratischer Sicht, als bloße Wertegemeinschaft, sondern als eine neue „von Klassenschranken befreite Gesellschaft“ (922-1199). Und das Programm kennzeichnet **drittens** den Weg dahin, der als „großer transformativischer Prozess < . . > von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe“ (1006-1007) dargestellt wird.

Diese Wegbeschreibung unterscheidet sich deutlich von revolutionären Programmen der Arbeiterbewegung der vorigen Jahrhunderte, muss doch nach dem Scheitern des Sozialismus einerseits und den Wandlungen in der Sozialstruktur der gegenwärtigen Gesellschaft andererseits das gesellschaftliche Subjekt dieser antikapitalistischen Umwälzung, das unsere Gründungsväter in der Arbeiterklasse gesehen hatten, neu bestimmt werden. Dazu gibt es im Programm einen neuen Abschnitt „Deutschland – eine Klassengesellschaft“, in dem die eingetretenen Wandlungen der Arbeiterklasse, aber auch die gemeinsame Klassenlage aller Lohnabhängig Beschäftigten gegenüber dem Kapital herausgearbeitet werden (572-638). Der Sozialismus kann nur in einem emanzipatorischen Prozess auf dem Weg der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses mit Hilfe breiter

linker Bündnisse und durch die Gewinnung gesellschaftlicher Mehrheiten erreicht werden (2608-2692).

Von besonderer Bedeutung ist im Programm der Zusammenhang zwischen dem dritten Abschnitt „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ und dem folgenden, der unsere aktuellen politischen Ziele enthält. Schon die Überschrift „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“ weist darauf hin, dass die aktuellen politischen Ziele und unser Handeln in der Gegenwart immer an unseren Grundwerten orientiert werden müssen, an „Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität“, die „untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation“ verbunden sind (51-53).

Insofern sollte das Programm in Zukunft ständiger Ratgeber auch für aktuelle politische Entscheidungen jedes unserer politischen Akteure, gleich auf welcher Ebene, sein. Auf dieser Grundlage sollten sich auch die in unserer Partei agierenden Flügel treffen können, die unterschiedliche Positionen zur Frage der Regierungsbeteiligung vertreten. Die Kriterien dafür sind m.E. einleuchtend formuliert worden (2707-2706). Es fehlt an dieser Stelle der Platz, die bisherigen Ergebnisse der Diskussion, die in den Leitantrag eingeflossen sind, zu referieren. Die Ergänzungen haben zu einer Erweiterung des bisher schon umfangreichen Textes geführt, der bei manchem Leser den Wunsch nach einer kürzeren Fassung auch unter Berufung auf Engels Mahnung zum Erfurter Programm hat entstehen lassen. Wir sollten aber nicht übersehen, **dass es bei diesem neuen Erfurter Programm um die programmatische Selbstverständigung der Linken in Deutschland geht, die sich aus unterschiedlichen Erlebniswelten und Traditionen zusammengefunden haben.** Wenn wir dann in einigen Jahren wirklich zusammengewachsen sind, kann ein folgendes Programm vielleicht auch wieder kürzer gefasst werden.

Parteiprogramme sind nach einem Wort von Marx „vor aller Welt Marksteine, an denen sich die Höhe der Arbeiterbewegung misst“ (Begleitbrief zur Kritik des Gothaer Programms 1875). Das neue Parteiprogramm verdient deshalb unser besonderes Interesse. Der Erfurter Parteitag wird den jetzt vorliegenden Text sicher noch weiter präzisieren. Dann wird das Programm noch in diesem Jahr den Mitgliedern zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden, ein Grund mehr, in Ortsverbänden und Grundorganisationen Zeit für die Beschäftigung mit dem Programm vorzusehen, wie das mancherorts schon mit Gewinn für die Klärung und weitere Diskussion offener Fragen geschehen ist.

(Hervorhebungen durch die Redaktion)

generationswechsel vollzogen? wir berichten vom kreisparteitag der linken in roßwein

Insgesamt waren 73 der in den Ortsverbänden gewählten 81 Delegierten am 24. September bei strahlendem Herbstwetter zum Kreisparteitag nach Roßwein gekommen. Die Atmosphäre war entspannt, kaum noch Kirchturmdenken a la „wir sind Döbeln, wer ist mehr“, analog bezogen auf Freiberg und Mittweida. Man hat sich zusammengerauft, in der Partei und in der Fraktion. Keine Spur von „Richtungskämpfen“, Fundis oder Realos, von Vorwürfen dem Anderen gegenüber, den Kreisverband für sich vereinnahmen zu wollen.

Die Konstituierung: alles verlief planmäßig, die Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Sebastian Scheel danach kam eher müde daher, vor allem schien er das avisierte Thema „zur aktuellen Programmdebat-

te“ aus den Augen verloren zu haben. Der bisherige Kreisvorsitzende Michael Matthes (Oberschöna) machte sich neben seinem Plädoyer für die Jugend (siehe unseren Kommentar auf Seite -2-) stark für die intensive Fortsetzung der Arbeit an einem konkreten Aktions- und Wahlprogramm der LINKEN für die kommenden Wahlen. Intensiv setzte er sich mit gegenwärtigen rückwärtsge wandten Diskussionen in der Partei auseinander und plädierte eindrucksvoll dafür, sich künftig auf inhaltliche Schwerpunkte linker Politik zu konzentrieren. Michael Matthes will seine politischen Er-

fahrungen weiterhin vor allem in der aktiven Mitarbeit in der Redaktion der LinksWorte einbringen.

Auch der weitere Verlauf des Kreisparteitages war eher von Routine geprägt. Ein Kandidat für die Funktion des Kreisvorsitzenden, zwei KandidatInnen für seine beiden Stellvertreter, auch die Kreisgeschäftsführerin und der Kreisschatzmeister blieben ohne GegenkandidatIn. Selbst für die vier offenen Positionen auf der Frauenliste für den neuen

Kreisvorstand fanden sich nur vier Kandidatinnen, die alle vier mit großer Mehrheit in den Kreisvorstand gewählt wurden. Eine Kampfabstimmung gab es nur bei den Männern, wo sich sieben um drei offene Plätze im Kreisvorstand bewarben.



Fotografische Reminiscenzen vom Kreisparteitag der LINKEN in Roßwein (die Bilder im Urzeigersinn von oben): Erfolgreiche Probeabstimmung - natürlich mit 100 Prozent Zustimmung für die mittelsächsischen LinksWorte - ertragen mit viel Humor seitens der Delegierten, unser Bundestagsabgeordnete Michael Leutert während der Diskussion zu den Querelen in der Führung der Partei und der Bundestagsfraktion, Ron Hübler (Frankenberg), Student in Mittweida, die symbolische Staffelübergabe von Michael Matthes (Oberschöna, links) an Falk Neubert (Mittweida, rechts), das junge Parteimitglied Katharina Heiber (Burgstädt) während ihres emotionalen Diskussionsbeitrags sowie der stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN, Sebastian Scheel, während seiner Begrüßungsrede an die Delegierten des Kreisparteitags.

Die Ergebnisse der Wahl zum neuen, 12köpfigen Kreisvorstand sind auf unserer Titelseite nachlesbar. Erfreulich, dass der zur Wahl knapp unterlegene René Münch (Roßwein) sich bereit erklärt hat, die Internetseite des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN künftig „aufzupäppeln“. Um die Kommunikationsplattform von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion im Internet wird sich weiterhin Petra Steidten (Lichtenau) kümmern, die aus beruflichen Gründen aus dem Kreisvorstand ausgeschieden ist. Der Kreisparteitag wählte außerdem eine dreiköpfige Finanzrevisionskommission.

## Gedanken zum bevorstehenden Landesparteitag am 5. und 6. November in Bautzen

Von Rico Gebhardt, Landesvorsitzender



In unserer Partei wählen wir, wenn Vorstände, Gremien, Parlamente zu besetzen sind, Menschen in Funktionen, in Ämter und Mandate, also zur Erfüllung bestimmter Aufgaben. Wie diese für mich als Landesvorsitzenden aussehen, bestimmen vor allem unsere Landesparteitage. Die Grundrichtung und die Hauptaufgaben werden dabei jeweils durch die Leitanträge bestimmt, sie sollen im Wortsinn „handlungsleitend“ für den gewählten Vorstand sein. Damit entsteht zugleich die Möglichkeit, die Erfüllung der Aufgaben, für die man gewählt wurde, zu objektivieren, zu überprüfen. Im besten Fall erfüllt man die erteilten Aufgaben möglichst gut und hat damit ein Fundament für die weitere Arbeit. In einer so großen Organisation wie unserem Landesverband ist es ein hoher Wert, wenn es uns gelingt, politische Prozesse kontinuierlich zu entwickeln. Dies insbesondere deshalb, weil die Beteiligung an der inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklung unserer Politik kein schneller Vorgang ist, sondern eine Menge Zeit braucht. DIE LINKE ist, wie auch immer man das finden mag, kein Schnellboot. In Vorbereitung unseres Novemberparteitages, auf dem auch ein neuer Landesvorstand gewählt wird, liegt nun ein Leitantrag zur Debatte vor („Wo will DIE LINKE. Sachsen hin? – Fahrplan 2013/2014“).

Um diesen sinnvoll zu diskutieren, möchte ich hier zuerst über die Erfüllung der Aufträge berichten, die durch den vor zwei Jahren verabschiedeten Leitantrag „Aufbruch in ein neues Jahrzehnt“ gestellt wurden. In diesem wurden zwei Aufgabenfelder bestimmt, die von der Landespartei zu erfüllen waren. Zum einen setzte der Parteitag fünf inhaltliche Schwerpunktthemen, nämlich „Sachsen ohne Armut“, das „Programm 100 000 Arbeitsplätze“, den „Plan Demokratisches Sachsen“, einen „Aufbruch in ein sozial-ökologisches Sachsen“ sowie „Bildung, Kunst und Kultur für alle“. Auf Grundlage dieser zu erarbeitenden Konzepte soll ein integriertes Landesentwicklungs- und Wirtschaftskonzept

erarbeitet werden. Neben diesen inhaltlichen Aufgaben analysierte der Parteitag im Jahr 2009 gründlich die häufig schwierige Lage unserer Partei, die vor allem Mitgliederstruktur, Mitgliederleben, Beteiligungsformen und Kommunikationsstrukturen betrifft. Auch hier wurden entsprechende Aufgaben an die Landespartei, also vor allem an den Landesvorstand, aber auch an die Kreisvorstände und alle anderen Gremien erteilt.

Nach nunmehr zwei Jahren kann festgestellt werden, dass ein guter bis sehr guter Arbeitsstand erreicht wurde. Sozialpolitische Leitlinien werden auf diesem anstehenden Novemberparteitag zur Diskussion freigegeben, energiepolitische Leitlinien wurden bereits auf dem Landesparteitag 2010 beschlossen. Auf den Gebieten der Bildungs- und Kulturpolitik liegt sehr gutes Material vor, das zur Diskussion anregt. Ein Landesforum Wirtschaftspolitik wurde eingerichtet, dass bereits mehrmals tagte und inzwischen substantiell gut fundierte Aussagen erarbeitete. Ebenso gibt es erste Grundlagen für den „Plan demokratisches Sachsen“.

Die parteistrukturellen Aufgaben wurden vom Landesvorstand, den von ihm berufenen Arbeitsgruppen aber auch von einigen Kreisverbänden mit viel Energie angegangen. Sowohl die Personalentwicklungskonzepte und mehrere Kreisentwicklungskonzepte geben darüber Zeugnis. Die Politische Bildungsarbeit wurde ebenso intensiv mit nahezu allen Kreisverbänden analysiert und diskutiert.

Mein etwas längerer Rückblick hier war notwendig, um zu zeigen, dass Leitanträge auf unseren Parteitag Wirkung haben und unserem politischen Handeln die Richtung geben. Deshalb konnte der Landesvorstand nun einen Leitantrag für den Bautzener Parteitag vorlegen, der auf den vielen gelungenen Aktivitäten der vergangenen zwei Jahre aufbaut.

Insgesamt werden drei Themengebiete abgesteckt, die das Haupthandlungsfeld unserer Partei in den zwei vor uns liegenden Jahren bilden sollen. Dies ist erstens die Vorbereitung der Wahlen 2013 und 2014, das betrifft Wahlkampfstrukturen ebenso wie Schulungsprogramme, Kandidatengewinnung oder die Vorbereitung einer Wahlkampfstrategie. Zweitens, im Übrigen eng mit der Wahlvorbereitung verbunden, die weitere Parteientwicklungsarbeit. Zum dritten sind die Diskussion, Qualifizierung und Weiterentwicklung der in den vergangenen Jahren geschaffenen inhaltlichen Grundlagen und deren Zusammenführung zu nennen. Für diesen Prozess sollen die in unserem Landesverband außerordentlich guten Erfahrungen in der Programmdebatte genutzt werden, um eine möglichst breite innerparteiliche Beteiligung an der inhaltlichen Arbeit zu ermöglichen. Darüber

hinaus sollen nicht erst die Ergebnisse der Öffentlichkeit unterbreitet werden, sondern nach Möglichkeit PartnerInnen für einen sächsischen Dialog über unsere politischen Angebote gefunden werden.

In den letzten Monaten und Jahren wurde vor allem auf der Bundesebene intensiv darüber diskutiert, inwieweit wir uns als Gesamtpartei strategisch erfolgreich aufstellen können. Auch zu diesem Thema haben wir uns als größter Landesverband zu positionieren, und zwar nicht theoretisch, sondern praktisch durch das, was wir tun und wie wir es tun. Für diesen strategischen Korridor diskutieren wir im Zusammenhang mit dem Leitantrag die folgenden Perspektiven:

Zum einen steht DIE LINKE in Sachsen für eine „radikal linke Realpolitik“. Das bedeutet, dass wir die real existierenden Probleme in Sachsen aufgreifen – ob diese nun durch die Staatsregierung, durch parlamentarisches Handeln oder als akute gesellschaftliche Probleme auftreten – und setzen sie auf unsere Agenda. Wir klären auf, untersuchen die Sachverhalte und verbinden dies mit unserer Perspektive auf notwendige Veränderungen. Immer aber bleiben wir in unserem öffentlich relevanten Handeln der Realität, der Wirklichkeit verhaftet. Wir versuchen nicht, den Menschen im Land einzureden, welche Probleme sie denn haben sollten, sondern wenden uns denen zu, die sie haben. Unser kritisches Handeln bezieht sich auf das Hier und Jetzt und damit auf die vorgefundenen Bedingungen, die es zu verändern gilt.

Zum anderen profilieren wir uns als „linke Gestaltungspartei“ in Sachsen. Das bedeutet, dass wir Konzepte, Ideen, Ansätze – also Politik – für Sachsen und in Sachsen entwickeln, deren Gestaltungsanspruch durch ein Höchstmaß an Glaubwürdigkeit gekennzeichnet ist. Wir beschreiben also konkrete Veränderungen, die von möglichst großen Teilen der sächsischen Bevölkerung als relevant und umsetzbar erachtet werden, also nicht in das Sankt-Nimmerleins-Land der politischen Träumerei verwiesen werden können. Unser klares Profil in der auf diesem Kampffeld dichten Konkurrenz mit anderen Parteien erhalten wir dadurch, dass wir alle Politik und alles Wirtschaften in die Soziale Frage ein- und unterordnen. Da aber insbesondere hier in Sachsen jedem Menschen unmittelbar eingängig ist, das soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit SOWOHL erkämpft ALS AUCH erwirtschaftet werden müssen, sind die praktischen Auswirkungen unserer Gestaltungsvorschläge das entscheidende Glaubwürdigkeitskriterium.

**Landesparteitag in Bautzen am 05./06.11. Leitantrag, weitere Anträge, ein vorläufiger Zeitplan sowie eine Übersicht über bislang erklärte Kandidaturen finden sich unter [www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)**

von Sabine Lauterbach  
Mitarbeiterin der LINKSfraktion im kreistag

Der vergangene Kreistag war rein von der Tagesordnung her sehr übersichtlich. Eigentlich sollte der Kreishaushalt für das Jahr 2012 vorgestellt werden. Da jedoch derzeit noch ein zu großes Defizit besteht, wird der Haushalt erst zum Dezember-Kreistag vorgestellt und kann frühestens im März 2012 beschlossen werden.

**Doch warum gestaltet sich die wirtschaftliche Lage im Landkreis Mittelsachsen so dramatisch?**

Kommunale Haushalte werden aufgespalten in den **Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt**. Grob kann man sagen, dass sämtliche Investitionen wie Baumaßnahmen etc. den Vermögenshaushalt betreffen. In diesen gehören auch die zugeordneten Fördermittel sowie Kre-

**Stand der Haushaltsplanung 2012**

in Mio. EUR	2011 E / A	Einnahmen	Ausgaben
Gesamthaushalt	374,3	353	386,8
Verwaltungshaushalt	332,4	315,4	333,6
Vermögenshaushalt	41,9	37,7	53,3

Die sächsische Staatsregierung hat ihre Zuweisungs-Politik zu Gunsten der Kreisfreien Städte und zu Ungunsten der Landkreise verändert. Die rechtlichen Mittel hat sie sich dafür geschaffen. Doch warum spart das Land Sachsen so extrem?

Der Bund gibt vor das die Bundesländer ihre Verschuldung verringern sollen, wodurch eine Verringerung der Pro/Kopf-Verschuldung von Deutschland erreicht wird. Das Land Sachsen ist hier Spitzenreiter. Die Konsolidierungsquote bis Ende 2013 beträgt 166%. Das bedeutet, das Sachsen innerhalb von vier Jahren seine Verschuldung um diesen Prozentsatz verringert und damit einen satten Gewinn macht. Und das auf Kosten

12 Minuten ab Eingang des Notrufes der Notarzt mit Rettungsfahrzeug beim Patienten ist. Im Jahr 2010 konnte diese Vorgabe zu 91,2% erfüllt werden. Wir erhoffen uns vom neuen Rettungsdienstplan, dass künftig diese Zahl weiter steigen wird.

Die Zahl der Einsätze von Rettungswagen hat sich seit 2004 (16.134 Einsätze) zu 2010 (24.541 Einsätze) erheblich erhöht. Auch bei den Krankentransporten ist eine starke Erhöhung zu verzeichnen. Somit muss beim Rettungsdienstplan den vermehrten Einsatzzahlen Rechnung getragen werden. Dies soll mit der Erhöhung des Fahrzeugbestandes sowie der Erweiterung der Bereitschaftszeiten erreicht werden.



Impressionen vom Wandertag der LINKSfraktion am 3. Oktober. Heimlicher „Chef im Ring“: Dieter Kunath, im 2. Leben professioneller Pilzberater (mittleres Bild, Bildmitte). Außerdem wurde dem Bergbauverein Biensdorf ein Besuch abgestattet (Bilder links und rechts) Bilder: Fraktion

dite. Alles andere findet sich im Verwaltungshaushalt wieder. Dort sind auch die Zuweisungen vom Land, Sozialausgaben, entsprechende Zuwendungen, die Kreisumlage etc.

Nun sinken die Einnahmen im **Verwaltungshaushalt** auf Grund von geringeren Zuweisungen um ca. 8,2 Mio. €. Dem stehen Mehrausgaben für die Sozialumlage in Höhe von 1 Mio. € entgegen. Aber dies war nur der Stand vom August 2011. Eine weitere dramatische Verringerung der Schlüsselzuweisungen und SoBEZ SGB II vergrößert diesen Fehlbetrag um weitere 10 Mio. €.

Im **Vermögenshaushalt** stellt das Land Sachsen uns gerade noch 1,2 Mio. € für Investitionen zur Verfügung. Zum Vergleich haben wir im Jahre 2009 noch 6,4 Mio. € erhalten.

seiner Landkreise! Nun meint der interessierte Bürger, da müssten sich doch mal die Landräte zusammenschließen und gegen diese Politik vorgehen. Aber weit gefehlt. Durch die Übervorteilung der Kreisfreien Städte sind natürlich deren Oberbürgermeister anderer Meinung. Auch halten die Landkreise mit Doppelhaushalten zur Zeit ihren Mund, weil sie einfach froh sind, noch ein Jahr Ruhe zu haben. Das ist jedoch ein Trugschluss, der spätestens in einen Jahr diesen Landkreisen arge Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Im Kreistag stand der **Bereichsplan für den Rettungsdienst Bereich Freiberg/Mittweida** für die kommenden Jahre auf der Tagesordnung. Hier können wir positiv berichten, dass auf die sich verändernden Bedingungen eingegangen wurde und damit eine wesentlich bessere Versorgung für die Bevölkerung zu erwarten ist. Die planerische Vorgabe ist, dass innerhalb von

**Informationsveranstaltung der Kreistagsfraktion am 28.09.2011**

Die Kreistagsfraktion lädt die Linken Abgeordneten sowie Nachfolgekandidaten des Kreistages regelmäßig zu Informationsveranstaltungen ein. Diese erfolgen turnusmäßig zweimal im Jahr.

Nach dem zähen Anlaufen der Veranstaltungsreihe haben wir uns gefreut, dass dieses mal doch etwas mehr Vertreter die Möglichkeit des Informationsaustausches genutzt haben. So waren Gäste aus Lichtenau, Frankenberg, Rochlitz, Oederan, Freiberg, Lichtenwalde, Altmittweida und Hainichen unserer Einladung gefolgt.

Informiert wurde ausführlich über die prekäre finanzielle Situation des Landkreises, die Ergebnisse der letzten beiden Kreistage, sowie die Angebote und Nutzung des Sozialpasses des Landkreises Mittelsachsen. Wir berichteten in der vergangenen Ausgabe ausführlich. Gerade zu diesem Punkt

fortsetzung von seite -6-

besteht doch erheblicher Informationsbedarf. Wir fordern unsere Abgeordneten auf, doch einmal in ihren Städten und Gemeinden zu schauen, ob Inhabern des Sozialpasses Ermäßigungen in den kommunalen Einrichtungen angeboten werden. Wenn dies nicht der Fall ist, so sind unsere Abgeordneten in der Pflicht entsprechende Anträge in ihren Stadt- und Gemeinderäten einzubringen. Natürlich werden sich die Bürgermeister sträuben und auf Mindereinnahmen hinweisen. Doch kann man diese in vielen Fällen dadurch kompensieren, dass bei entsprechenden Ermäßigungen mehr Gäste die Einrichtungen besuchen. Es gibt viele Erfolgsmodelle für den Sozialpass auch in unserem Landkreis. Für Einrichtungen anderer Trägerschaft wie z. B. dem Land bzw. freien Trägern empfiehlt sich der Kontakt mit der Geschäftsleitung um für den Sozialpass zu werben. Hier besteht für uns nur die Möglichkeit einer indirekten Einflussnahme. Wir sollten unsere Möglichkeiten nutzen und für unsere Bürger entsprechende Maßnahmen ergreifen. Ein Musterantrag liegt vor und kann in unserem Büro sowie von unserer Internetseite unter [www.fraktion.dielinke-mittelsachsen.de](http://www.fraktion.dielinke-mittelsachsen.de) abgerufen werden.

**Wandertag der Fraktion**

Wie schon im letzten Jahr haben wir auch 2012 unseren Wandertag am 03. Oktober absolviert. Erkundet haben wir das Gebiet um Sachsenburg. Einige Fraktionsmitglieder haben ihre Partner mitgebracht. Auch aus der Freiburger Ortsgruppe haben sich spontan einige Genossen unserer Wanderung angeschlossen. Da sich in den Reihen unserer Fraktion mit Dieter Kunadt auch ein Pilzberater befindet, hatte die Wanderung doch mehr den Charakter einer Pilzberatung. Gelernt haben wir sehr viel. Auf diesem Wege noch einmal herzlichen Dank an Dieter! Leider ist die Sachsenburg wegen großer baulicher Mängel gesperrt. Deshalb war eine Besichtigung dieser nicht möglich. Dafür haben wir uns über die Arbeit des Bergbauvereins Biensdorf informiert. Was dieser Verein in ehrenamtlicher Arbeit in den letzten Jahren auf die Beine gestellt hat, ist nur zu bewundern. Mit viel Eigeninitiative wurde ein vom Abriss bedrohtes Fachwerkhaus aus dem 18. Jahrhundert saniert und der Zutritt für die Öffentlichkeit geschaffen. Dieses Fachwerkhaus gehört zu dem Ensemble der alten Schlosstmühle in Sachsenburg und ist das einzige alte Gebäude, welches erhalten wurde. Hier befinden sich ein Wanderstützpunkt sowie ein Sammlung von Mineralien der Region und auch bergbaulicher Gegenstände wie z. B. Grubenlampen. Der Vereinsvorsitzende, Herr Eichler, gab uns im Rahmen einer kleinen Führung einen Einblick in den regionalen Bergbau, die Vereinsgeschichte, das Besucherbergwerk sowie die Geschichte des KZ Sachsenburg.

Auf Beschluss des Kreisvorstandes der LINKEN sind Arbeitsgruppen am Werk, die an inhaltlichen Schwerpunkten eines Aktions- und Wahlprogramms der mittelsächsischen LINKEN arbeiten. Nach **Achim Grunke**, dem Sprecher der Arbeitsgruppe „Kultur“, in der Septem-berausgabe, kommt heute und in unserer Novem-berausgabe die Arbeitsgruppe „Kommunales“ zu Wort, deren Sprecher **Rainer Eckert** ist. Die vier inhaltlichen Schwerpunkte dieser Arbeitsgruppe sind Kommunalfinanzen, Sparkassen, Wirtschaftsförderung und die kommunale Wirtschaft. In dieser Ausgabe werden die Schwerpunkte „Sparkassen“ und „kommunale Wirtschaft“ behandelt. „Wirtschaftsförderung“ und „Kommunalfinanzen“ folgen.

Unsere **Sparkasse Mittelsachsen** und die **Kreis-sparkasse Döbeln** stellen für die Bürger, Unternehmen, Gewerbetreibenden und Kommunen fest in der Region verankerte bedeutende öffentlich-rechtliche Kreditinstitute dar. Sie unterstützen eine Reihe herausragender Veranstaltungen und sind wichtigster Sponsor für Kultur- und Sportvereine. Nachhaltige Förderung von Projekten, Initiativen und des Engagements lokaler Akteure durch die Sparkassenstiftung haben sich vielfältig bewährt. Diese hohe Effizienz, qualifizierte Dienstleistung und gesellschaftliche Bindung der Sparkassen mit ihren MitarbeiterInnen und Filialen sollen auch künftig den Menschen zugute kommen.

Im bundesweiten Vergleich macht es sich bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich, die Relation von Personalaufwand und Umsatzvolumen zu wahren. Die gut ausgebaute Infrastruktur und flächendeckende Beratung entsprechend der prognostizierten demografischen Entwicklung zu erhalten bedeutet auch, neue Wege im Interesse der Kunden zu beschreiten, wie z.B. fahrbare Geschäftsstellen zur Betreuung kleinerer Orte, Hausbesuche bei nicht mehr mobilen Menschen oder die Bündelung von Dienstleistungen mit anderen Trägern der Daseinsvorsorge.

Durch Verzicht auf Maximalprofit mit Finanzspekulationen unverantwortbar hohen Risikogrades hielten beide Sparkassen den Belastungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise stand. Wir wollen auch künftig die kommunale Verankerung und regionale Nutzenstiftung der Sparkassen im Landkreis zum Wohle der Entwicklung unserer Heimat!

Nicht bewährt hat sich die von CDU-Ministern und -Landräten hoch gepriesene Sachsen-Finanzgruppe. Nachdem der rechtliche Rahmen durch den Gesetzgeber einmal beschlossen sein sollte, gehört dieser Verbund abgeschafft. Dann könnten beide Sparkassen im Landkreis fusionieren und mögliche Synergieeffekte nutzen.

Besser als in den vergangenen Jahren müssen die Beratungskompetenz und das Know-how zur

wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises und der Kommunen, der Schuldendiagnose und nicht zuletzt einer Hausbankfunktion der Sparkassen genutzt werden. Stand im Alt-Landkreis Mittweida nicht auch die dortige Kreissparkasse mit der Landesbank in der Verantwortung, als es um das verlustreich ausgegangene Zinssicherungsgeschäft (die Wette CMS Memory Swap) ging?

Für die öffentliche Daseinsvorsorge im Interesse jedes Menschen ist die **kommunale Wirtschaft** von immenser Bedeutung.

Sie nimmt wesentlich Einfluss auf das Wohlbefinden der BürgerInnen in unserem Landkreis ebenso wie in den Städten und Gemeinden. Die uns Anfang der 90er Jahre angeratene Mär, dass eine profitorientierte Privatwirtschaft gegenüber der öffentlichen Hand alle Aufgaben besser, effizienter und kostengünstiger erledigen könne, ist längst verblasst.



Rainer Eckert, Sprecher der Arbeitsgruppe Kommunales, Mitglied der Kreistagsfraktion der LINKEN und langjähriger Bürgermeister von Geringswalde.

Aus bitteren Erfahrungen reifte bis heute die Erkenntnis: Am besten für die EinwohnerInnen läuft es betreffs Trink- und Abwasser, Strom, Gas, Fernwärme, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Freizeit- und Sportobjekte, Personennah-

verkehr oder Abfallentsorgung, wenn diese der Kreis oder die Kommunen selbst in der Hand behalten, Zweckverbände bilden und durch Mehrheitsbeteiligung in Aufsichtsgremien wirksam Einfluss auf die Unternehmensführung nehmen.

Rekommunalisierung wichtiger Bereiche wurde wieder zu einem Kernthema in Ämtern und Rathäusern. Auf der 17. Fachtagung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam am 8. April 2011 gab es den deutlichen Hinweis, bei solchen Organisationsentscheidungen in jedem konkreten Einzelfall nach einer nüchternen aufgaben-, sach- und situationsbezogenen Vergleichsanalyse zu entscheiden.

qualifizierte eckpunkte der linken zur fortschreibung des landesentwicklungsplanes 2003 (teil 5)

Auf ihrer diesjährigen Frühjahrsklausur hat sich die Landtagsfraktion der LINKEN auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit bis zur Halbzeit der Legislaturperiode verständigt. Dr. Jana Pinka aus Freiberg, Mitglied für DIE LINKE im sächsischen Land-



tag, leitet die Arbeitsgruppe „Nachhaltige Landesentwicklung“. Diese hat der Frühjahrsklausur den Entwurf eines qualifizierten Eckpunktepapiers für die 2013 anstehende Fortschreibung des gültigen Landesentwicklungsplans 2003 vorgelegt. Wir dokumentieren im folgenden den Teil -5- ihrer Überlegungen zu diesem Eckwertepapier.

Im derzeitigen Verständnis von Landesentwicklung und Raumordnung ist ein ambivalenter Umgang mit dem Konzept der **öffentlichen Sicherheit und Ordnung** /1/ festzustellen: Auf der einen Seite werden Aspekte der öffentlichen Sicherheit sowohl im Raumordnungsgesetz als auch im Landesentwicklungsplan nur indirekt benannt, auf der anderen Seite ist das Konzept der öffentlichen Sicherheit ein ausdrücklicher und fester Bestandteil der Daseinsvorsorge, gleichrangig mit „Soziales“, „Gesundheit“, „Kultur/Sport“, „Ver- und Entsorgung“, „Verkehr/Mobilität“, „Kommunikation“, „Handel/Dienstleistungen“.

Durch die ausdrückliche Verknüpfung von Landesentwicklung und öffentlicher Sicherheit können jedoch soziale Brennpunkte markiert werden, die strategisch nur durch langfristige strukturelle Gestaltung in Verbindung mit effektiver sozialer Kontrolle bewältigt werden können. Die entscheidende Konsequenz dieser Verbindung von Landesentwicklung und Raumordnung mit öffentlicher Sicherheit besteht nicht in erster Linie darin, neue Instrumente der Landesentwicklung und Raumordnung zu ‚erfinden‘, sondern a) bestehende Formen so zu fokussieren, dass sie im Ergebnis zu einer anhaltenden Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage führen und b) eine integrative Politik zwischen Landesentwicklung und Strukturreformen von Institutionen sozialer Kontrolle (z.B. Polizeireform, Zugang zu Justiz, Wiedereingliederung - all diese Reformen sind letztlich nur im Kontext der Landesentwicklung zu beantworten) ermöglichen. Die bestehende Situation im Bereich öffentlicher

Sicherheit und Ordnung in Sachsen stellt sich insbesondere auch als Folge sozialer und demographischer Entwicklungen dar, die historisch erklärbar aus dem Umbruch in den neunziger Jahren aber dann auch durch negative Tendenzen in der Strukturentwicklung der letzten 20 Jahre geprägt sind. Hervorzuheben ist hier für den Zusammenhang „Landesentwicklung - öffentliche Sicherheit“ die Abkopplung und der soziale Ausschluss ganzer Regionen und dort verbliebener Bevölkerungsgruppen, die insbesondere die Altersgruppe zwischen 18 und 35 Jahren („Prekariat“) und hier wiederum die jungen Männer betrifft - mit der Folge der Zunahme von Aggressivität, Gewaltbereitschaft und Mitleidlosigkeit sowie rechts-extremen Neigungen.

Es ergeben sich zwei grundlegende Gestaltungsebenen:

- a. Auf struktureller Ebene geht es um eine auf menschliche Lebensverhältnisse ausgerichtete Landesentwicklung und Raumordnung, die insbesondere solche strukturellen Defizite aufhebt, die zu krasser und dauerhafter sozialer Benachteiligung und Ausschluss aus sozialer Teilhabe führen.
- b. Auf individueller Ebene sind Faktoren zu beeinflussen, die mit sozialer Ausgrenzung, niedrigem Einkommen, der Situation alleinerziehender Mütter, oder auch der Häufung psychischer Krankheitsbilder zusammenhängen.

Es sind derzeit weitere Vorarbeiten erforderlich, um zu konkreten Gestaltungsvorschlägen zu kommen. Für die Aufhebung struktureller Defizite in sozialen Brennpunkten sind den konkreten regionalen und lokalen Erfordernissen entsprechende wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen (auch alternative Projekte unter Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten, z.B. im Rahmen der Kohäsionspolitik), Antworten auf negative demografische Entwicklungen zu finden, und Formen grenzübergreifender Gestaltung (Öffnung Arbeitsmarkt) zu entwickeln. Für die Schaffung individueller Gestaltungsmöglichkeiten bzw. Partizipation sind die Bedingungen für Erwerbstätigkeit, Erreichbarkeit von verfügbaren Arbeitsplätzen (Nahverkehr, Barrierefreiheit) zu verbessern, die insbesondere zu einer Senkung von Jugendarbeitslosigkeit führen, den Zugang zu Bildung und Weiterbildung sowie Kultur und Erholung erleichtern. Der diskriminierungsfreie, sozial gerechte Zugang zu Information und Kommunikation ist zu erreichen. Entsprechende Voraus-

setzungen sind für eine ausreichende und auf soziale Schwerpunkte zugeschnittene Gesundheitsversorgung zu schaffen. Im Sinne einer integrativen ganzheitlichen Landesgestaltung sind die Erkenntnisse einer vor dem Hintergrund „öffentliche Sicherheit“ fokussierten Landesentwicklung und Raumplanung mit Reformvorhaben im Polizei- und Justizbereich sowie anderen Bereichen sozialer Kontrolle zu koordinieren. Ansätze auf lokaler Ebene dafür gibt es mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“. Jedoch ist der Bestand des Programms massiv gekürzt und somit gefährdet.

**Erläuterung:**

/1/ Das hier verwendete Konzept der „öffentlichen Sicherheit“ und der „öffentlichen Ordnung“ umfasst ebenso den unter dem Begriff der „inneren Sicherheit“ - mithin häufig staatszentriert und repressiv - verstandenen „Schutz der Bürger eines Staatswesens vor Verhaltensweisen, die als kriminelle gelten und mit Strafe bedroht sind“ (vgl. www.krimlex.de, Stichwort „Innere Sicherheit“), geht jedoch weit darüber hinaus, indem es gemeinschaftlichbürgerliches Engagement für öffentliche Ordnung und Sicherheit ausdrücklich einbezieht. Eine solche Perspektive ist gerade für die Integration von Landesentwicklung und Raumordnung von weitreichender Bedeutung, da nicht nur die funktionale Relevanz sicherheitsrelevanter staatlicher Strukturen (wesentlich Polizei und Justiz), sondern Möglichkeiten bürgernaher Prävention und sozialer Kontrolle in Strategien der Landesentwicklung verankert werden müssen. Vom Konzept der „öffentlichen Ordnung“ in diesem Sinne nicht erfasst sind darüber hinausgehende sicherheitsrelevante (nicht der polizeilichen Gefahrenabwehr unterliegende) Bereiche wie Katastrophen- und Brandschutz sowie Rettungsdienst.



Gratulation des Ortsverbandes Erlau - Seelitz für Genossen Gerd Minkner zur 50jährigen Mitgliedschaft in der Partei. Unter den Gratulanten auch der LINKE Kreisrat Harald Pötzsch und der stellvertretende Kreisvorsitzende der LINKEN, David Rausch.



# zehn jahre regenbogenhaus in freiberg - eine reportage

von unserem Redaktionsmitglied  
Michael Matthes

Das Jubiläum ist der Anlass, aber nicht das Entscheidende. Dieser Beitrag handelt zuvörderst von Menschen, von Bürgerinnen und Bürgern mit einem Ziel. Und er handelt von einer verschworenen Gemeinschaft und viel Menschlichkeit und damit von etwas Wunderbarem. Am Anfang wollten einige Unentwegte etwas tun gegen den Zerfall der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Schließlich reifte die Idee zur Tat. Am 3. Dezember 1997 gründet sich der Verein REGENBOGENHAUS e.V. Die Frontfrau ist bis zum heutigen Tag unsere Genossin Dr. Ruth Kretzer-Braun. Das REGENBOGENHAUS sollte Hotel werden, aber nicht nur ein Hotel, sondern die Arbeitsstätte für lernbehinderte und geistig behinderte junge Erwachsene. Wie aus heruntergekommenen Kasernengebäuden, zwischenzeitlich zweckentfremdet, ein architektonisches Schmuckstück wurde, ist eine gesonderte Geschichte, die von Stolpersteinen, Finanzierungslücken aber vor allem vom Stehvermögen der Beteiligten handeln würde. Schließlich war es soweit. Am 1. September 2001 öffnete das HOTEL REGENBOGENHAUS in der Freiburger Brückenstraße Nummer 5 die Türen für die Gäste. Und die kamen zahlreich. Das Hotel ist inzwischen gefragt und demzufolge wirtschaftlich in trockenen Tüchern.

Und nun geht es um die Menschen. Da ist das Ehepaar Ruth und Johannes Kretzer. Johannes Kretzer ist vom ersten Tage an der Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Beide tragen die Verantwortung, einmal für den Trägerverein und zum anderen für den Geschäftsbetrieb und dies selbstverständlich ehrenamtlich. Mit ihnen verbunden sind die Mitglieder des Trägervereins. Inzwischen sind sie vielfach geehrt, was sie zweifellos verdient haben. Aber das Denkmal, was sie sich selbst gesetzt haben, ist nicht materiell. Es besteht aus Lebensfreude, Selbstbewusstsein und dem Frohsinn derjenigen, die sonst ausgegrenzt und ohne Chance

wären. Und nun kommt das Absurde. Da werden Menschen wie Du und ich als Behinderte bezeichnet. Mitmenschen, die sich

Aber es gab welche, die sich entschuldigt haben, dass sie Vorbehalte hatten, als sie erfuhren, wo sie untergebracht sind.



Die Eltern des Regenbogenhauses, Ruth und Johannes Kretzer (oben)  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Freude an der Arbeit und ihrem Platz in der Gesellschaft

nichts sehnlicher wünschen, als ein normales Leben zu führen. Ein biologischer Zufall hat dazu geführt, dass sie manches nicht so können, wie die Mehrheit. Aber anstelle dass die Mehrheit das normale Maß an Menschlichkeit aufbringt und solidarisch reagiert, räumt man diesen unseren Mitbürgern keinen Platz in unserer Mitte ein. Wer sind hier eigentlich die Behinderten?

Im REGENBOGENHAUS jedenfalls gibt es diese Welt, die man sich überall wünschte. Da gibt es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Zimmerdienst verrichten, die für das leibliche Wohl der Gäste sorgen, und es gibt die freundliche Bedienung. Und natürlich gibt es auch jemanden, der die berühmte Mütze aufhat. Und das läuft wunderbar. Jedenfalls gibt es bis jetzt keine Hotelgäste, die sich beschwert haben.

Das Wunder REGENBOGENHAUS erfährt man, wenn man von der Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfährt. Diejenigen, die zuvor auf Förderschulen aussortiert wurden, lernen im REGENBOGENHAUS Modul für Modul einen vollwertigen Beruf im Hotelgewerbe. Das leistet alles das Leitungskollektiv, denn das öffentliche duale System versagt hier wiederum. Der Ausbildungsbetrieb muss neben den praktischen Fähigkeiten auch das Berufsschulwissen vermitteln. Aber der Industrie- und Handelskammer Chemnitz sei Dank. Sie nimmt die Facharbeiterprüfung ab. Immerhin haben schon

sieben junge Leute das Facharbeiterzeugnis erhalten. Zwei von ihnen wurden in den Dienst des REGENBOGENHAUSES übernommen. Vier arbeiten inzwischen in anderen Betrieben des Gastgewerbes. Zwei stehen vor dem Berufsabschluss und fünf haben die Ausbildung aufgenommen.

Soweit in Kürze die Bilanz, die einmalig in Deutschland ist. Aber vergessen wir nicht. Das ist möglich, durch das Engagement Einzelner. Aber die Belohnung ist reichlich. Menschen, denen diese Gesellschaft keine Chance einräumte, haben einen Lebensinhalt und Selbstbestätigung gefunden. Und übrigens, wer in Freiberg ist und Appetit oder gar Hunger verspürt – Man isst in der Brückenstraße 5 sehr gut.

teil 5: die barbarossastadt altenburg und der prinzenraub im jahre 1455



Im Teil 5 unserer Episoden präsentieren wir geschichtliche Ereignisse aus der **Stadt Altenburg** (gelegen im Freistaat Thüringen, unmittelbar im Dreiländereck zu Sachsen-Anhalt und Sachsen). Die (im Wesentlichen) von Süd nach Nord orientierten Flüsse spielten im Zuge der deutschen Besiedlung vor allem aus Richtung Franken eine große Rolle. Für Altenburg war es die Pleiße. Wichtige Flussläufe in östlicher Richtung - neben der Elbe mit den Burgwarten Meißen und Strehla natürlich - waren die Zwickauer und Freiburger Mulde mit ihren Nebenflüssen. Doch dazu in unseren späteren Ausgaben, mit denen wir dann endlich und endgültig den mittelsächsischen Raum erreichen. Die über tausend Jahre alte ehemalige Residenzstadt Altenburg hat rund 35.000 Einwohner und ist somit nur wenig kleiner als die mittelsächsische Kreisstadt Freiberg. Sie liegt zentral im Städte-Dreieck von Leipzig, Chemnitz und Gera und ist heute Kreisstadt des Landkreises Altenburger Land. Hier befinden sich die letzten Ausläufer des Erzgebirgsvorlandes. Bekannt ist Altenburg auch als Skatstadt.

Zur Erinnerung für unsere Leserinnen und Leser: In den Jahren 928/929 brach Heinrich I., König des Ostfrankenreiches, zu seinen Slawenfeldzügen auf und gründete dabei die Burg Meißen. Im Jahr 968 erhob Kaiser Otto I. Meißen, Merseburg und Zeitz zu Bischofssitzen im neu entstandenen Erzbistum Magdeburg.

Erstmals rückt Altenburg im Jahr 976 in den Blickpunkt der urkundlich bezeugten Geschichte: Denn am 1. August dieses Jahres schenkte Kaiser Otto II. die Stadt Altenburg dem Bistum Zeitz. Bevor wir uns aber den nachfolgenden Ereignissen zuwenden, ein kurzer Rückblick auf die Besiedlung des Altenburger Landes. Der Boden im Altenburger Raum war seit jeher sehr fruchtbar, die Gewässer fischreich. So ist es kein Wunder, dass bereits vor etwa 6.000 Jahren im heutigen Stadtgebiet die ersten Siedlungen entstanden. Nach der Zerstörung des Thüringer Reichs mit der Schlacht an der Unstrut im Jahr 531 siedelten sich immer mehr westslawische Stämme im Altenburger Raum an. In dieser Zeit entstand an der Stelle der späteren Burg auch die erste slawische Wallanlage.

Es darf angenommen werden, dass infolge der Slawenunterwerfung unter König Heinrich I. und der Gründung der Markgrafschaft Meißen die slawische Wallanlage in Altenburg durch deutsche Ritter eingenommen und somit zum Burgward wurde.

Nach der Schenkungsurkunde von 976 an das Bistum Zeitz erfolgte die nächste urkundliche Erwähnung von Altenburg erst im Jahr 1132, als Kaiser Lothar III. (Lothar von Supplinburg) die Kaiserpfalz

Altenburg nutzte. Kaiser- bzw. Königspfalzen waren im Früh- und Hochmittelalter Stützpunkte für den reisenden Kaiser bzw. König. Nach Lothar von Supplinburg hielt sich Kö-

**„Barbarossastadt Altenburg“**

Womit wir, abgesehen vielleicht vom Prinzenraub, bei der interessantesten Altenburger Episode überhaupt wären. Denn zwischen 1165 und 1188 hielt sich Kaiser Friedrich I. insgesamt sechsmal in Altenburg auf. Die größte Bedeutung hatte sicherlich sein zweiter Besuch im Jahr 1172. Denn nach einem Rückschlag in seinen Italienfeldzügen musste er seine Macht im Gebiet nördlich der Alpen unbedingt ausbauen. Er legte Territorien zusammen und nahm Gebietsveränderungen vor. Eine besondere Rolle in der staufischen Reichspolitik jener Jahre spielten die Orte Nürnberg (Franken), Eger (Egerland) sowie in unserer Region Colditz, Lausick (das heutige Bad Lausick) und Leisnig. Auch die Gründung des Augustiner-Chorherrenstiftes wird Barbarossa zugeschrieben (die einst zu diesem Kloster gehörigen beiden Türme sind heute als „Rote Spitzen“ das Wahrzeichen von Altenburg). Auch die Nachfolger von Kaiser Barbarossa weilten oft in der Pfalz Altenburg, bis die Wettiner die Macht im Pleißenland übernahmen.

**Herrschaft der Wettiner und Prinzenraub von 1455**

Erstmals politischen Einfluss im so genannten Pleißenland mit Altenburg, Chemnitz und Zwickau erhielten die Wettiner im Jahr 1253. 1256 bestätigte Heinrich der Erlauchte das Stadtrecht von Altenburg.

1455 raubte Ritter Kunz von Kauffungen die beiden Prinzen des wettinischen Kurfürsten, Ernst und Albrecht, aus dem Altenburger



Der Altenburger Hauptmarkt (Bild oben) und das Wahrzeichen der Stadt, die „Roten Spitzen“, vom Schloss aus gesehen.

nig Konrad III. 18 Jahre später in der Pfalz auf. Ihm folgte Friedrich I. Barbarossa („Rotbart“).

**kreisvorstand aktuell**

(Redaktion) Der neue Kreisvorstand der LINKEN kam am 10. Oktober in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bereits am 3. Oktober traf sich der geschäftsführende Kreisvorstand (der Kreisvorsitzende, seine beiden Stellvertreter, die Kreisgeschäftsführerin sowie der Schatzmeister) zur Vorbereitung dieser Beratung. Es wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- der Kreisvorsitzende Falk Neubert erläuterte die im geschäftsführenden Kreisvorstand besprochenen Schwerpunkte der Arbeit in der bevorstehenden Wahlperiode: viermal jährlich Beratung mit den Ortsvorsitzenden; Entwicklung der Kommunikation zwischen Kreisvorstand und den Ortsverbänden; Weiterarbeit an den programmatischen Ansätzen; Internetangebot und Kreiszeitung und Kommunikation über die Mailingliste; Arbeit mit der Jugend und den Senioren. Dazu wurde die persönliche Verantwortung der Mitglieder des Kreisvorstandes bei der Unterstützung einzelner Ortsverbände sowie für die Arbeit mit der Jugend und den Senioren, für Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit sowie für die Mitgliederentwicklung im Kreisverband der LINKEN festgelegt. Die Beratungen des Kreisvorstandes finden immer montags in den Räumen der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg, Roter Weg, statt und werden jeweils in der Vorwoche durch den geschäftsführenden Vorstand vorbereitet. Zu jeder Beratung soll ein inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt werden.
- Der Schatzmeister gab einen Überblick zur Finanzarbeit in der bevorstehenden Wahlperiode bis Herbst 2013. Erster Schwerpunkt ist die anstehende Erarbeitung des Finanzplans für 2012 sowie die Finanzplanung im Kreisverband der LINKEN bis 2015. Dabei müsse sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite eine Ergebnisverbesserung durchgesetzt werden, um auch für die Wahlkämpfe der Zukunft gerüstet zu sein. Der Kreisvorstand legte fest, die detaillierte Finanzplanung am 14. November erneut auf die Tagesordnung zu setzen.
- Der Kreisvorstand verständigte sich zu wichtigen Terminen bis Jahresende. Neben den Beratungen des Kreisvorstandes am 14. November und am 12. Dezember sind das der Landesparteitag am 5. und 6. November in Bautzen, eine von den beiden Landtagsabgeordneten der LINKEN organisierte Fahrt in den Landtag sowie eine kommunalpolitische Konferenz Anfang Dezember.

**unsere jubilarer**

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



Im Monat November 2011 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Gerhard Boden	geb. am	02.11.1920,	in	Mittweida
Gertrud Imhof	geb. am	02.11.1928,	in	Mittweida
Elsbeth Schubert	geb. am	03.11.1920,	in	Freiberg
Ingeburg Großer	geb. am	05.11.1924,	in	Frankenberg
Wally Hartmann	geb. am	05.11.1936,	in	Rochlitz
Heinz Mahr	geb. am	05.11.1920,	in	Burgstädt
Anfried Püschel	geb. am	06.11.1929,	in	Brand-Erbisdorf
Jutta Teichmann	geb. am	06.11.1931,	in	Burgstädt
Eberhard Klapper	geb. am	07.11.1931,	in	Rechenberg-Bienenmühle
Rudolf Richter	geb. am	08.11.1925,	in	Döbeln
Lydia Rapprich	geb. am	09.11.1924,	in	Brand-Erbisdorf
Rudi Hocker	geb. am	11.11.1925,	in	Freiberg
Kurt Kaden	geb. am	12.11.1922,	in	Brand-Erbisdorf
Erhard Köhn	geb. am	13.11.1936,	in	Zettlitz
Marga Franke	geb. am	17.11.1925,	in	Flöha
Sonja Kluska	geb. am	18.11.1928,	in	Waldheim
Rainer Sennewald	geb. am	18.11.1951,	in	Freiberg
Rudolf Schreiter	geb. am	19.11.1929,	in	Waldheim
Harald Wiedemann	geb. am	20.11.1931,	in	Augustsburg
Johanna Lichtenstein	geb. am	24.11.1930,	in	Waldheim
Johannes Wangermann	geb. am	25.11.1928,	in	Niederwiesa
Werner Teichmann	geb. am	25.11.1926,	in	Burgstädt
Anny Liebschner	geb. am	27.11.1922,	in	Penig
Elisabeth Kunesch	geb. am	29.11.1919,	in	Frankenberg
Heinz Haucke	geb. am	29.11.1923,	in	Großhartmannsdorf
Ursula Vendt	geb. am	29.11.1927,	in	Penig
Johannes Fankhänel	geb. am	30.11.1925,	in	Limbach-Oberfrohna
Konrad Ulrich-Leinau	geb. am	30.11.1951,	in	Döbeln



Details aus dem Altenburger Schloss und der prächtig ausgestatteten Schloßkirche

Schloss, um seine Forderungen durchzusetzen. Dieses Ereignis ging als Altenburger Prinzenraub in die Geschichte ein. Kunz von Kaufungen wurde auf dem Freiburger Obermarkt enthauptet. Ernst und Albrecht begründeten nach dem Leipziger Teilungsvertrag von 1485 die ernestinische bzw. albertinische Linie der Wettiner. Die Albertiner wurden 1547 zur führenden Linie des Gesamthauses Wettin und regierten bekanntlich bis 1918 als Herzöge, Kurfürsten und Könige in Sachsen.

**Schloss und Schlosskirche**

Die ehemalige Burg wurde in den Jahren 1706 bis 1744 durch die Herzöge von Sachsen-Gotha-Altenburg zum Schloss ausgebaut. Herzstück des Schlosskomplexes über der Stadt ist die bereits 1404 bis 1414 von den neuen wettinischen Herrschern im hochgotischen Stil erbaute und 1413 geweihte Schlosskirche am Platz der alten Pfalzkapelle. (hw)

## Terminvorschau

### Oktober 2011:

21.-23. Oktober **Bundes-Programmparteitag der LINKEN in Erfurt**

### November 2011:

02. November *Gerichtsverfahren vor dem Amtsgericht Hainichen wegen provokativer Handlungen der NPD gegen DIE LINKE in Geringswalde*

05./06. November **Landesparteitag der LINKEN in Bautzen**

14. November 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*

### Dezember 2011:

03. Dezember 10 Uhr *Kommunalpolitischer Tag des kommunalpolitischen Forums Sachsen; Hotel „Schwarzes Roß“ Siebenlehn*

12. Dezember 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*

## Pro versus Kontra „Extremismustheorie“

von unserem Redaktionsmitglied  
Sabine Pester

Existiert der Begriff „Extremismus“ eigentlich nicht und ist nur eine Ideologie oder ist die „Extremismustheorie“ wissenschaftlich mit Fakten untersetzt und hat somit ihre Berechtigung?

Zu dieser Frage diskutierten am 4. Oktober in Frankenberg Prof. Besier von der TU Dresden, Prof. Jesse von der TU Chemnitz und Prof. Wippermann von der FU Berlin vor etwa 70 Gästen. Prof. Jesse erklärte in seinem Eingangsstatement, dass es sehr wohl Extremisten gibt und diese sich dadurch auszeichnen, dass sie den Verfassungsstaat ablehnen. Wobei er gleichzeitig auch deutlich machte, dass nicht jeder Extremismus gleich wäre. Man müsste dies in Deutschland sehr differenziert betrachten. Es gibt die Terroristen, Skinheads, Autonome und auch Parteien, die klar extremistisch sind. Die NPD stufte er als harten und DIE LINKE als weiche Extremismus ein, wobei bei letzteren Argument aus dem Publikum klare Gegenstimmen laut wurden.

Auf diese Argumente reagierte Prof. Wippermann sofort und tat diese als „Realsatire“ ab. Die sogenannte „Hufeisentheorie“ führe nur dazu, dass Demokratie

abgebaut wird. Er erklärte, dass dadurch, dass die so genannte „politische Mitte“ willkürlich bestimmt, was demokratisch bzw. extremistisch ist und was nicht, selbst die Demokratie unterhöhlt wird. Als Beispiel führte er die Handyüberwachung vom 19. Februar in Dresden an. Und es könnte nicht sein, dass Utopiegedanken oder das Nachdenken über eine andere Gesellschaftsform gleich als extremistisch eingestuft wird. Als weiteres Beispiel, dass es den „Extremismus“ nicht gibt, führte er an, dass die, als extremistisch eingestuften, Ideologien, wie Antizionismus, Antisemitismus oder Antislamismus, auch bei den Menschen wiederfinden lassen, die sich selbst als zur „Mitte“ zugehörig fühlen. Zudem ist der Begriff „Extremismus“ auch nicht rechtlich untersetzt. Zum Schluss betonte er nochmal, dass der „Extremismus“ nur eine Ideologie ist, die die Demokratie nicht schützt, sondern gefährdet und zudem noch die wahren Gefahren der Demokratie klein redet.

Prof. Besier pflichtete Prof. Wippermann bei, dass der Extremismusbegriff zu schnell und ohne Substanz benutzt wird. Er ging dabei auf ein aktuelles Beispiel ein, wo ein junger Mann, der zudem Mitglied der SPD ist, und an der TU Dresden eine Aktivierungskonferenz gegen den

Naziaufmarsch kommenden Februar in Dresden organisierte, von der BILD als Linksextremist und Linksradikaler diffamiert wurde. In die gleiche Kerbe schlug dann der sächsische Innenminister ein, der zudem noch behauptete, dass hier es zu Gewaltaufbru-



fen gekommen ist („Sie wollen Gewalt. Gewalt gegen die Polizei und damit Gewalt gegen die Gesellschaft. Also gegen uns alle.“) und vor getarnten Radikalen warnte. Er schloss sein Statement mit den Worten, dass die „Gefahr der Demokratie“ viel zu schnell von Politik und Medien heraufbeschworen wird und ein Umdenken hier stattfinden müsste.

Prof. Jesse hielt dagegen und meinte, dass mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sehr wohl definiert ist, was extremistisch ist und was nicht. Darauf argumentierte Prof. Besier, dass der Extremismusbegriff für einige nur eine Erklärung für ein störendes Verhalten ist. Wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie beteiligen wollen, was für die Herrschenden natürlich störend ist, wird immer sogleich der „Extremismus“ hervorgeholt um das für sie „störende Verhalten“ zu beseitigen. Bestes Beispiel ist die Anti-Nazi-Demo in Dresden, wo schon im Vorfeld die Organisatoren und Teilnehmer kriminalisiert wurden. Prof. Jesse konterte dagegen, dass wenn heutzutage nur noch 40% SPD und CDU wählen, laufe doch in unserer Gesellschaft was falsch, worauf das Publikum in fassungsloses Kopfschütteln und Protest ausbrach.

Nach dieser ersten Diskussionsrunde meldete sich auch das Publikum zu Wort. Falk Neubert, Landtagsabgeordneter, machte beispielsweise deutlich, dass die Extremismustheorie zu Verdächtigungen führt, was man anhand der Extremismusklausel sehen kann. Für eine demokratische Entwicklung ist dies gefährlich. Prof. Besier stimmte ihm zu und plädierte dafür von dem Denkschema „Wir und die Anderen“ wegzukommen. Im Scherz meinte er noch, die einzige Partei die extremistisch ist, wäre die FDP, da sich alle anderen in ihren Zielen ähneln würden. Auf die Frage von Carmen Scholtissek, Mitglied im Frankenger Bünden für Toleranz und Demokratie, was für Anträge DIE LINKE beispielsweise in den Parlamenten eingebracht hat, für dass man sie als extremistisch einstufen kann, bekam sie keine Antwort.

Prof. Jesse betonte nur zum Schluss nochmal, wer zivilen Ungehorsam (wie alljährlich in Dresden) praktiziere auch mit den Konsequenzen rechnen müssen. Prof. Wippermann und Prof. Besier hielten dagegen und meinten, dass man damit aufhören müsste, Menschen als Extremisten zu bezeichnen und damit zu diskriminieren. Man sollte, so die Meinung von Prof. Besier, lieber anfangen Kompromisse zu finden. Die Diskussion hat mal wieder gezeigt, wie gespalten die wissenschaftlichen Meinungen zum Thema „Extremismustheorie“ sind und welche

**Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen**

**Käthe Dworschak aus Leisnig  
Hans-Bernhard Arnold aus Oederan**

**Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.**